

Technischer Ausschuss - öffentlich - vom 14.05.2013
1) TOP Bürger fragen

Seitens der Bürger wurden keine Fragen gestellt.

2) TOP 4-067/13 Bekanntgabe des in nichtöffentlicher Sitzung des Technischen Ausschusses am 5. Februar 2013 gefassten Beschluss

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.

(einstimmig)

3) TOP 4-065/13 Stadtwald / Betriebsvollzug 2012

Herr Dr. Dinkelacker stellt anhand einer Power-Point-Präsentation (als Anlage dem Protokoll beigefügt) das Betriebsergebnis 2012 und den Ausblick auf das laufende Haushaltsjahr 2013 vor. Das Jahr 2012 sei bei wenig Sturm- und Käferschäden sehr gut ausgefallen. Man habe planmäßig arbeiten können, mit der Folge, dass die angestrebten Ziele erreicht worden seien. Bei der Bestandspflege liege man im Plan. Das Projekt der Wiederbewaldung aus dem Jahr 2008 sei zu 70 % abgearbeitet. Mit dem Abschluss könne in zwei Jahren gerechnet werden. Für die Verbesserung des Schutzes gegen Wildverbiss seien die Weichen gestellt. Nicht kalkulierbar seien drohende Schäden durch das Eschentriebsterben. Für das Jahr 2013 sei festzuhalten, dass die im Plan vorgesehene Kulturtätigkeit zwischenzeitlich abgeschlossen werden konnte. 50 % des Holzeinschlages sei bereits erledigt. Aufgrund der schlechten Witterung müsse man mit erhöhten Kosten für die Wegeunterhaltung rechnen.

OB Frei: Die Stadt werde durch das Forstamt bestens betreut. Die Zusammenarbeit sei hervorragend.

BM Kaiser: Es laufen derzeit Verhandlungen mit dem F.F. Forstamt wegen eines kleineren Geländetausches. Das Ergebnis werde dem Gemeinderat zu gegebener Zeit vorgelegt.

Herr Dr. Dinkelacker: Die teilweise nasskalte Witterung im vergangenen Jahr habe maßgeblich dazu beigetragen, dass nur geringe Schäden durch Borkenkäferbefall aufgetreten seien. Ebenfalls sei man bestrebt, das geschlagene Holz schnellstmöglich aus dem Wald abzufahren (auf Frage von Stadtrat Durler).

Stadtrat Kaiser: Die Wiederbewaldung der Sturmholzflächen könne sehr gut im Bereich zwischen Brigachtal und Grüningen beobachtet werden. Die hier gewählte Pflanzenvielfalt gelte es weiter beizubehalten.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt
(einstimmig)

4) TOP 4-034/13 Hauptstraße / Wolterdingen - Stützmauern

Herr Reichle stellt das Bauprojekt vor. Als damaliger Bauherr sei das Land in der Pflicht, den überwiegenden Teil der Baukosten zu tragen. Auf die Stadt entfalle ein Anteil von circa 40.000 Euro.

Stadtrat Müller: Er sei froh, dass eine Lösung gefunden worden sei. Der desolaten Zustand der Mauer mache eine Sanierung dringend notwendig. Eventuell bestehe die Chance, durch zusätzliche Gestaltungsmaßnahmen an der neuen Mauer das Ortsbild zu verschönern.

Stadtrat Kaiser: Zu prüfen wäre, ob die Mauer in den gesamten Bereichen notwendig sei. Die Stützmauer ermögliche den Anliegern eine größere Grundstücksausnutzung. Zu prüfen sei, ob dieser Vorteil durch eine Kostenbeteiligung ausgeglichen werden könne.

Stadtrat Erndle: Eine optische Aufwertung der Stützmauer sei für das Ortsbild sehr wichtig. Er stimme daher zu, die Anwohner an den Kosten zu beteiligen, da diese von einer optischen Aufwertung profitieren würden.

Stadtrat Müller: Der Bau der Stützmauer sei damals durch den Straßenbau notwendig geworden. Eine Beteiligung der Anwohner scheidet daher aus.

OB Frei: Bei der Entscheidung müsse man bedenken, dass zusätzliche Gestaltungsmaßnahmen in voller Höhe von der Stadt zu tragen seien.

Stadtrat Wild: Das erzielte Verhandlungsergebnis sei sehr gut. Die Maßnahme sollte, wie von der Verwaltung vorgeschlagen, durchgeführt werden.

Herr Reichle: Der Gehweg sei in vielen Bereichen mit 1,40 m Breite bereits sehr schmal. Eine Vormauerung aus Gestaltungsgründen sei daher kaum möglich.

- Beschluss:
1. Dem Beschlussvorschlag Ziffer 1 und 2 wird zugestimmt.
 - 2.. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob zur Aufwertung des Ortsbildes eine bessere Gestaltung der Mauer möglich ist.

(einstimmig)

5) TOP 4-069/13 Flächennutzungsplan 2020 - 1. Fortschreibung / Änderungen und Teilflächennutzungsplan zur Steuerung der Windkraftanlagen - Vorberatung zur Beschlussfassung im Gemeindeverwaltungsverband

BM Kaiser: Die Ausweisung der Windkraftstandorte sei bei der Fortschreibung des Flächennutzungsplanes das vordringlichste Thema. Die Bereiche 1 und 2, Golfplatz und Biogasanlage, seien bereits durch die Erstellung der Bebauungspläne abgearbeitet worden. Nach derzeitigem Stand könne man davon ausgehen, dass die Änderung des Flächennutzungsplanes bald zu einem positiven Abschluss gebracht werden könne.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt.
(eine Enthaltung)

6) TOP Anfragen aus dem Gemeinderat und Verschiedenes

Information zum Schwimmbad:

OB Frei: Am kommenden Wochenende werde das Schwimmbad geöffnet. Aufgrund kurzfristig aufgetretener Mängel sei das beim Nichtschwimmerbecken leider nicht möglich. Beim Einlassen des Wassers seien zwischen Dehnungsfugen und Fliesen starke Ablösungen aufgetreten. Vor Inbetriebnahme des Nichtschwimmerbeckens müssen diese Schäden erst behoben werden. Dieser neu aufgetretene Mangel zeige, dass eine umfassende Sanierung des Freibades in den kommenden Jahren dringend notwendig werde.

Brücke im Park:

Stadtrat Wild: Er bitte nochmals um eine Information zur abgebauten Brücke im FF-Park.

OB Frei: Die Verwaltung werde der Frage nachgehen und wieder berichten.

Videoüberwachung:

Stadträtin Zwetschke: Sie bitte um Informationen über den aktuellen Sachstand bezüglich der Videoüberwachung bei der Bahnunterführung.

OB Frei: Die Verhandlungen mit der Bahn seien noch nicht abgeschlossen. Demnächst stehen noch Ortstermine an. In einer der nächsten Sitzungen werde dem Gemeinderat dieses Thema zur Beratung vorgelegt.

7) TOP Residenzbereich - Änderung der Gestaltung beim Postplatz

OB Frei: Bisher sei geplant gewesen, auf dem Postplatz durch eine sternförmig angelegte Pflasterung eine einladende Platzatmosphäre zu schaffen. Bänder aus Basaltsteinen sollten dazu strahlenförmig in das Pflaster eingelegt werden. Da aus Gründen der Stabilität das Pflaster entgegen der früheren Planung in Form von Segmentbögen verlegt werde, habe die überarbeitete Detailplanung gezeigt, dass die Strahlenform gestalterisch problematisch werde. Durch die Verlegung des Pflasters in einem Bogen ergebe sich bei den Strahlen keine gerade Linie. Das Ergebnis wäre optisch nicht schön. Seitens der Verwaltung schlage man daher vor, die Pflasterung ohne Strahlen durchzuführen. Die einheitlich gleiche Pflasterung des Postplatzes hätte gleichzeitig eine Kostenreduzierung zur Folge.

Beschluss: Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wird zugestimmt
(einstimmig)